

## **Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU Angehörige und Drittstaatlern**

Antragsteller: Zarife Türk, Juso Kreisverband Mannheim

Empfänger: SPD Bundestagsfraktion, Bundesregierung

### **Forderung:**

Wir Jusos fordern als Vertreter der jungen Generation, ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU Angehörige und Drittstaatlern. Diese Menschen habe ein Recht darauf, auch über die Belange in ihren Dörfern, Städten und Landkreisen mitbestimmen zu dürfen. Wir wollen, dass die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten bei Wahlen zur kommunalen Selbstverwaltung in Kreisen, Städten und Gemeinden wahlberechtigt und wählbar sind.

### **Begründung:**

Ein wesentlicher Bestandteil bürgerschaftlicher Rechte ist die Möglichkeit, an der politischen Werdegang am Wohnort teilzunehmen. Es ist völlig ungerecht, wenn EU Bürger, die seit drei Monaten in Deutschland wohnen, an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen, aber nicht deren Nachbarn aus Drittstaaten, die beispielsweise schon 30 Jahre in derselben Gemeinde wohnen. Viele Migrantinnen und Migranten bleiben trotz guter Sprachkenntnisse, gesellschaftlichen Engagement und beruflichen Erfolg von der politischen Teilhabe in Deutschland ausgeschlossen.

Die Integrationspolitik wird unglaublich, wenn die Betroffenen sich für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen. Es unversichert nicht nur die Betroffenen selbst, sondern auch ihre Familien und Freunde. Ein demokratisches Staatswesen muss dafür sorgen, dass ein zahlenmäßiger bedeutender Teil der Bevölkerung über Generationen innerhalb der staatlichen Gemeinschaft steht.

EU- Angehörige sind seit 1992 bei Kommunalwahlen wahlberechtigt. Und genau hier besteht eine Ungleichheit zu Drittstaatlern.

Aus diesem Grund fordern wir Jusos, die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung auf, ein kommunales Wahlrecht für Nicht EU-Angehörige und Drittstaatlern zu vergeben.